

TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG (NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)



TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB	1.1 Baugebiet SO 1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen	Sondergebiet, gem. § 10 Abs. 2 BauNVO siehe Plan Innerhalb des Sondergebietes sind folgende Nutzungen zulässig: 1. Sanitäranlagen 2. interne Zufahrten 3. Stellplätze für den durch die zugelassenen Nutzungen verursachten Bedarf, jedoch nicht innerhalb der zum Sondergebiet gehörenden Grünflächen An den durch Planschrieb gekennzeichneten Stellen sind folgende Nutzungen zulässig: 1. Anlagen und Einrichtungen für sportliche Zwecke hier: Peterberghalle hier: STB Bildungszentrum, "Turnerheim" hier: Sportplatz hier: Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen hier: Kleinspielfeld 2. Betriebe des Beherbergungsgewerbes hier: Haus des Gastes 3. Schank- und Speisewirtschaften hier: Gastronomieeinrichtung im Bereich Turnerheims, Haus des Gastes, Peterberghalle 4. Freizeiteinrichtungen hier: Zeltplatz hier: Blockhütten hier: Jugendlager
2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB	2.1 Grundflächenzahl 2.2 Höhe baulicher Anlagen	siehe Plan bzw. Planschrieb gem. §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO SO: 0,8 GRZ SO im Bereich "Blockhütten" und "Zeltplatz": 0,2 GRZ Für den Bereich "Blockhütten" wird festgesetzt, dass eine Überschreitung einer maximalen Grundfläche von 25 qm je Hütte mit Ausnahme des Haupthauses nicht zulässig ist. Gem. § 19 Abs. 4 BauNVO ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch die Grundflächen von: <ul style="list-style-type: none">Garagen und Stellplätze mit ihren ZufahrtenNebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVObauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird nicht zulässig. Die maximale Trauthöhe und maximale Firsthöhe wird an den durch Planschrieb gekennzeichneten Stellen wie folgt festgesetzt: <ul style="list-style-type: none">Bereich "Peterberghalle": 7,50 m Trauthöhe / 10,00 m FirsthöheBereich "Turnerheim" und "Haus des Gastes": 9,50 m Trauthöhe / 12,00 m FirsthöheBereich "Blockhütten" und "Zeltplatz": 3,00 m Trauthöhe / 4,50 m Firsthöhe Als Trauthöhe wird das Abstandsmaß zwischen Oberkante fertiger Fußbodenbelag Erdgeschoss (unterer Bezugspunkt) und dem Schnittpunkt der Außenfläche des aufgehenden Mauerwerks mit der Dachhaut bestimmt. Die Firsthöhe als oberer Bezugspunkt ist als oberste Dachbegrenzungskante klar definiert.
3. BAUWEISE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB		siehe Plan, Im gesamten Planungsgebiet wird eine abweichende Bauweise gem. § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt. Eine Gebäudelänge von 50 m darf überschritten werden.

4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB	siehe Plan, hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO Die Gebäude sind an den im Plan durch Baugrenzen gekennzeichneten Standorten zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis max. 0,5 m) kann gestattet werden. Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO wird festgesetzt, dass Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig sind. Nebenanlagen, die der Versorgung des Baugebiets mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser dienen, sind gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO ausnahmsweise auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Gem. § 12 Abs. 2 BauNVO wird festgesetzt, dass Stellplätze nur für den durch die zugelassenen Nutzungen verursachten Bedarf zulässig sind. Stellplätze sind auf den dafür festgesetzten Flächen bzw. den straßenseitig zugeordneten Flächen des Sondergebietes, nicht jedoch innerhalb der Flächen zum Anpflanzen bzw. der zum Sondergebiet gehörenden Grünflächen und der Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen zulässig. Stellplätze sind zusätzlich im gesamten Sondergebiet nördlich der Erschließungsstraße zulässig. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, nicht jedoch innerhalb der Bauflächen der durch Planschrieb gekennzeichneten Bereiche "Blockhütten" und "Zeltplatz" zulässig.
5. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN MIT IHREN EINFAHRTEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB	Gem. § 12 Abs. 2 BauNVO wird festgesetzt, dass Stellplätze nur für den durch die zugelassenen Nutzungen verursachten Bedarf zulässig sind. Stellplätze sind auf den dafür festgesetzten Flächen bzw. den straßenseitig zugeordneten Flächen des Sondergebietes, nicht jedoch innerhalb der Flächen zum Anpflanzen bzw. der zum Sondergebiet gehörenden Grünflächen und der Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen zulässig. Stellplätze sind zusätzlich im gesamten Sondergebiet nördlich der Erschließungsstraße zulässig. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, nicht jedoch innerhalb der Bauflächen der durch Planschrieb gekennzeichneten Bereiche "Blockhütten" und "Zeltplatz" zulässig.
6. VERKEHRSFLÄCHE UND VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB	siehe Plan, Verkehrsfläche hier: Haupterschließung Die Erschließung des Plangebietes erfolgt über den nördlich der vorhandenen Hochbauten verlaufenden Weg. Dieser wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als Verkehrsfläche festgesetzt. Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung hier: Parkplatz
7. FÜHRUNG VON VER- UND ENTSORGUNGSANLAGEN UND -LEITUNGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB	siehe Plan, hier: Zökä-Erdkabel hier: Trennsystem Das innerhalb des Plangebietes anfallende Abwasser der an der Erschließungsstraße vorhandenen baulichen Anlagen wird dem vorhandenen Schmutzwasserkanal zugeleitet. Die hiervon getrennt zu sammelnden unbelasteten Dachablaufwässer und das auf dem Kunstrasenplatz bzw. den Freizeitanlagen im südlichen Teil des Plangebietes anfallende Niederschlagswasser wird über Gräben in den westlich des Gebiets verlaufenden Bach eingeleitet. Der in unmittelbarer Nähe der Einzelstelle gelegene Teich besitzt die Funktion eines Regenrückhaltebeckens. Teile des Niederschlagswasser sind auf der mit M2 gekennzeichneten Fläche zur Versickerung zu bringen.
8. GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB	siehe Plan, hier: Geh- und Fahrricht zugunsten der Benutzer der Einrichtungen innerhalb des Plangebietes im dargestellten Bereich gem. Plänezeichnung hier: Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger im dargestellten Bereich gem. Plänezeichnung
9. GRÜNFLÄCHE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB	siehe Plan hier: private Grünflächen
10. WASSERFLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 16 BAUGB	siehe Plan
11. WALDFLÄCHE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 18 B BAUGB	siehe Plan,
12. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB IN ANWENDUNG DER §§ 18FF BNATSCHG	siehe Plan, M1: Alle Stellplätze und deren Zufahrten sind aus Gründen der Grundwassererneuerung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wasserdurchlässig zu befestigen. M3: Auf der mit M3 gekennzeichneten Fläche sind die

	bestehenden Gehölze dauerhaft zu erhalten.
M4:	Auf der mit M4 gekennzeichneten Fläche ist ein natürlicher ortstypischer Waldraum aus einheimischen Gehölzen zu entwickeln. Um einen strukturellen Aufbau sowie ausgeglichene Konkurrenzverhältnisse zu gewährleisten, ist ein stufenförmiger Aufbau der Pflanzungen anzustreben. Hierzu sind unmittelbar vom Waldrand Bäume 2. Ordnung anzupflanzen, in etwas weiterer Entfernung größere (führende) Gehölze und schließlich kleinere (begleitende) Gehölze (vgl. Pflanzliste).
M5:	Im Bereich der mit M5 gekennzeichneten Fläche ist eine Streuobstwiese anzulegen. Hierfür sind Hochstämme einheimischer Obstsorten zu verwenden. Die Bäume sind in einem Raster von 10 m x 10 m anzupflanzen. Die Obstbäume sind regelmäßig zu pflegen. Die Unternutzung hat in Form einer extensiven Grünlandnutzung zu erfolgen. Die Fläche ist mindestens einmal, maximal zweimal pro Jahr zu mähen. Dabei darf die 1. Mahd nicht vor dem 15. Juni erfolgen. Das Mahdgut ist von der Fläche zu entfernen. Bestehende Obstbäume und sonstige Gehölzstrukturen sind zu erhalten und in die Pflanzungen zu integrieren.

13. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN UND ZUM ERHALT VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A UND B BAUGB IN ANWENDUNG DES § 18FF BNATSCHG	
---	--

siehe Plan,	
P1:	Die auf den mit P1 gekennzeichneten Flächen bestehenden Gehölze werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zum Erhalt festgesetzt. Ausfallende Gehölze sind durch einheimische standortgerechte Gehölze zu ersetzen.
P2:	Die bestehenden Gehölze auf der mit P2 gekennzeichneten Fläche werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zum Erhalt festgesetzt. Auf der Fläche sind zusätzlich 15 einheimische Gehölze anzupflanzen und in die bestehenden Gehölzstrukturen zu integrieren.
P3:	Auf den mit P3 gekennzeichneten Flächen ist eine dichte Gehölzpflanzung aus standortgerechten einheimischen Gehölzen vorzunehmen. Die Gehölze sind in einem Raster von 1,5 m x 1,5 m zu pflanzen. Mindestens alle 15 m ist ein Laubbaumhochstamm in die Pflanzung zu integrieren.
P4:	Entlang der Erschließungsstraße sind Bäume anzupflanzen. Großkronige Hochstämme sind entsprechend Pflanzliste in einem Abstand von 10 - 15 m zu pflanzen.

Für alle festgesetzten Anpflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB sind nur einheimische Bäume und Sträucher zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im Folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:

Pflanzliste "Gehölze":

Feldahorn	Bergahorn
Spitzahorn	Eingr. Weißdorn
Schlehe	Vogelkirsche
Sommerlinde	Winterlinde
Pfaffenhütchen	Schwarzer Holunder
Traubeneiche	Sleieiche
Liguster	Eberesche
Himbeere	Hänge-Birke
Hainbuche	Hundsrose
Walnuss	Gem. Schneeball
Wolliger Schneeball	
Einheimische Obstbaumsorten (Hochstämme)	

Pflanzliste "Waldmantel":

Bäume 2. Ordnung:

Feld-Ahorn
Hainbuche
Schlehe
Vogelkirsche
Waldreue
Eingrifflicher Weißdorn
Blutroter Hainrieel
Schwarzer Holunder
Hundsrose

führende Sträucher:

Schlehe
Eingrifflicher Weißdorn
Blutroter Hainrieel
Schwarzer Holunder
HundsRose

begleitende Sträucher:

Schlehe
Eingrifflicher Weißdorn
Blutroter Hainrieel
Schwarzer Holunder
HundsRose

Festgesetzte Pflanzqualitäten

Hochstämme/Bäume: 3xv, StU 12 - 14 cm
Sträucher: 5 Triebe, Höhe: 100 cm - 150cm

Bestehende Hochstämme, die durch die Baummaßnahmen nicht direkt betroffen sind, sind zu erhalten.

Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

14. ZUORDNUNG VON FLÄCHEN ODER MASSNAHMEN FÜR DEN AUSGLEICH GEM. § 9 ABS. 1 A BAUGB	Zum ökologischen Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft werden außerhalb des Geltungsbereiches auf einer ca. 2 ha großen Fläche (Gemarkung Brauns- hausen, Flur 3, Teile der Parzellen 310/1 und 297/1) folgende Maßnahmen festgesetzt: Die gesamte Fläche ist mindestens einmal, bei Bedarf maximal zweimal im Jahr zu mähen. Zum Schutz der vorhandenen wertebenen Tagflur soll die Fläche nicht komplett, sondern in mindestens zwei Abschnitten gemäht werden. Die Mahd darf erst nach dem Aus- sauen der hier auftretenden Pflanzarten Amica montana erfolgen (ca. ab Mitte Juli). Das Mähgut ist von der Fläche zu entfernen. Eine Düngung der Fläche ist nicht zulässig. Im Bereich der aktuell brachliegenden Flächen ist im ersten Jahr ein tiefer Schnitt vorzunehmen und damit die verfilzte Vegetationsdecke weitgehend abzuräumen.
---	--

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB	
SCHUTZABSTAND ZUM WALD	siehe Plan, Innerhalb der im Plan festgesetzten Schutzfläche gilt § 14 Abs. 3 WaldG.
FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB	
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs	siehe Plan
HINWEISE	

LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET An der südwestlichen Grenze des Geltungsbereichs grenzt ein Landschaftsschutzgebiet an.	
SCHUTZSTREIFEN Um Beeinträchtigungen an den der öffentlichen Versorgung (Wasser, Strom, Kabel) dienenden Anlagen vor- zuzubeugen, ist das Merkblatt über Baumstände und unterirdischen Ver- und Entsorgungsanlagen (Ausgabe 1989), aufgestellt vom Arbeitskreis "Baumpflanzungen im Bereich von Versorgungsleitungen" im Arbeitsaus- schuss "Kommunaler Straßenbau", zu beachten. Diese technische Mitteilung GW 125 ist bei der Wirtschafts- und Verlagsgesellschaft Gas und Wasser mbH, Bonn, erhältlich.	
ABSP-FLÄCHE Ein Teilbereich des nördlich der Erschließungsstraße befindlichen Teil des Plangebietes (Öffentliche Park- fläche gegenüber Turnerheim) ist Bestandteil der Fläche 6408005 des Arten- und Biotopschutzpro- gramms des Saarlandes (ABSP) mit ähnlicher Bedeu- tung.	
BIOTOPKARTIERUNG II DES SAARLANDES Östlich des Plangebietes befindet sich das Biotop Nr. 64080042 der Biotopkartierung II des Saarlandes. Die Biotopkartierten Bereiche sind bei der Planung zu berücksichtigen.	

GESETZLICHE GRUNDLAGEN	
Für die Verfahrensführung und die Fest- setzung des Bebauungsplanes gelten u.a. fol- gende Gesetze und Verordnungen: <ul style="list-style-type: none">Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I S. 2141), ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2850) m.W.v. 1.8.2002,die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Be- kanntm. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479),die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichnungsverordnung (PlanZVO) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58),das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)die Bauordnung (BO) für das Saarland vom 27. März 1996 (Amtbl. des Saarl. 23/1996, S. 477), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 9 des Geset- zes vom 07.11.2001 (Amtblatt des Saarlandes, S. 2158)der § 12 des Kommunelebensverwaltungsgesetzes (KVG) i. d. Bek. der Neuf. vom 27. Juni 1997 auf Grund des Art. 6 des Gesetzes zur Änderung kom- munaler Vorschriften vom 23. April 1997 (Amtbl. S. 538), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2001 (Amtblatt des Saarlandes, S. 2158)das Gesetz Nr. 1502 zur Neuordnung des Landes- planungsrechts (SLPG) vom 12. Juni 2002 (Amt- blatt des Saarlandes vom 01.08.2002, S. 1506),das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193)das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtblatt des Saarlan- des 1993, S. 346), zul. geänd. durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Landesplanungs- rechtes vom 12. Juni 2002 (Amtblatt des Saarl- ande vom 01.08.2002, S. 1506),das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umweltein- wirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesim-	<ul style="list-style-type: none">missionschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830)das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenverün- derungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes- Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Ge- setz vom 09. September 2001 (BGBl. S. 2331),das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SbodSchG) vom 20. März 2002 (Amtbl. des Saarlandes 2002, S. 990),das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I, S. 3245)das Saarländische Wassergesetz (SWG) i. d. F. der Bek. der Neuf. vom 03. März 1998 (Amtbl. des Saarlandes 1998, S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 23 des Gesetzes vom 07.11.2001 (Amtblatt des Saarlandes, S. 2158)das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Fe- bruar 1973 (Amtblatt des Saarlandes, S. 210), zu- letzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Verme- sungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtblatt des Saarlandes, S. 1130),das Saarländische Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 12. Oktober 1977 (Amtblatt des Saarlandes S. 993), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Landesplanungsrechtes vom 12. Juni 2002 (Amtblatt des Saarlandes vom 01.06.2002, S. 1506),das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarlUVPG) vom 30.10.2002 (Amt- blatt des Saarlandes, S. 2494)das Saarländische Straßengesetz, Gesetz Nr. 808 vom 17.12.1954 in der Fassung vom 15.10.1977 (Amtblatt des Saarlandes, S. 959), zuletzt geändert am 12.06.2002 (Amtblatt des Saarlandes, S. 1506)das Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes vom 09. Juli 2003 (Amtblatt des Saarlandes, S. 2130)

VERFAHRENSVERMERKE	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister	
Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister
Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport, Schulungs- und Erholungs- zentrum Turnerheim" (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).	Nonnweiler, den _____ Der Bürgermeister